

BUNDESREGIERUNG SETZT SICH FÜR AUSWEITUNG DER SANKTIONSLISTE FÜR OLIGARCHEN EIN

Die österreichische Bundesregierung spricht sich dafür aus, die **EU-Liste der sanktionierten Oligarchen auszuweiten**. Dazu wird die österreichische Vertretung in Brüssel die Position der Bundesregierung einbringen, um in einem **5. Sanktionspaket eine Erweiterung der Liste der sanktionierten Personen, insbesondere weitere Oligarchen,** zu erreichen.

Bundeskanzler Karl Nehammer:

"Europa wird weiterhin klar Position beziehen gegen den russischen Angriffskrieg in der Ukraine und mit harten wirtschaftlichen Sanktionen den Druck weiter erhöhen. Wichtig ist, dass diese Sanktionen so zielgerichtet wie möglich sind. Bereits jetzt sind mehr als 800 Personen von den EU-Sanktionen erfasst. Wir sprechen uns dafür aus, diese Liste zu erweitern und weitere Personen aus dem Umfeld des russischen Präsidenten auf diese Sanktionsliste zu setzen."

Vizekanzler Werner Kogler:

"Putins Aggression gegen die Ukraine wird von Tag zu Tag grausamer. Wir werden täglich Zeugen der Folgen der völkerrechtswidrigen russischen Angriffe auf die ukrainische Zivilbevölkerung. Bundeskanzler Nehammer und ich sind uns hier einig: Die Sanktionen der Europäischen Union müssen so stark wie möglich im Umfeld Putins wirken. Wir müssen jetzt nachschärfen!"